

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Norbert Kleinwächter, Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/17526 –**

Attraktivität des Erasmus-Programmes sichern – Großbritannien und die Schweiz als Programmländer erhalten

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Katja Suding, Mario Brandenburg (Südpfalz), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 19/17516 –**

Europäische Bildungsmobilität stärken – Erasmus ausbauen und Großbritannien als Programmland halten

A. Problem

Zu Buchstabe a

Nachdem die Schweiz das Erasmus-Programm 2014/2015 verlassen hat, würde in Kürze der Verbund der Partnerländer infolge des Brexits ein weiteres wichtiges Land verlieren, welches bislang für die Attraktivität von Erasmus eine wichtige Rolle spielt. Die geplante Verdreifachung der Erasmus+-Mittel im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar. Einerseits wird nunmehr die Finanzierungslast auf weniger Geberländer verteilt, andererseits nimmt die Attraktivität des Programmes für die Zielgruppe ambitionierter mobiler Studenten signifikant ab.

Zu Buchstabe b

Auslandserfahrung darf für junge Menschen nicht am Geldbeutel scheitern. Das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ sollte noch stärker darauf abzielen, Jugendlichen aus allen Regionen und jeder sozialen Herkunft europäische Mobilität zu ermöglichen. Zudem darf unabhängig vom vollzogenen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union der kulturelle und wissenschaftliche Austausch zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU nicht zum Erliegen kommen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Die Bundesregierung soll sich bei Verhandlungen im Europäischen Rat mit Großbritannien und der Schweiz dafür einsetzen, den Verbleib beziehungsweise die Wiederaufnahme dieser Länder als Programmländer im Erasmus+-Programm zu garantieren. Vom Erfolg dieser Verhandlungen soll die Zustimmung zur Erhöhung der Mittel für Erasmus im neuen EU-Haushalt abhängig gemacht werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/17526 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Die europäische Bildungsmobilität soll gestärkt, Erasmus+ ausgebaut und Großbritannien als Programmland erhalten bleiben. Die Bundesregierung soll sich daher im Europäischen Rat für die vom Europäischen Parlament vorgeschlagene Verdreifachung der Erasmus-Mittel ab 2021 auf rund 41 Mrd. Euro einsetzen. Zudem soll sie sich im Europäischen Rat mit dem Vereinigten Königreich dafür einsetzen, dass Großbritannien im Nachfolgeprogramm vollwertiges Programmland bleibt. Für die Schweiz soll eine Rückkehr ermöglicht werden. Ferner soll auch der europäische Austausch in der beruflichen Bildung gestärkt werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/17516 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/17526.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/17516.

D. Kosten

Zu den Buchstabe a und b

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/17526 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/17516 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Dr. Ernst Dieter Rossmann

Vorsitzender

Katrin Staffler
Berichterstatterin

Ulrike Bahr
Berichterstatterin

Norbert Kleinwächter
Berichterstatter

**Dr. Jens Brandenburg (Rhein-
Neckar)**
Berichterstatter

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Katrin Staffler, Ulrike Bahr, Norbert Kleinwächter, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Nicole Gohlke und Kai Gehring

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/17526** in seiner 149. Sitzung am 5. März 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/17516** in seiner 149. Sitzung am 5. März 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der AfD macht darauf aufmerksam, dass in Kürze der Verbund der Partnerländer infolge des Brexit mit Großbritannien ein weiteres wichtiges Land verlieren werde, welches bislang für die Attraktivität von Erasmus eine wichtige Rolle spiele, nachdem die Schweiz das Erasmus-Programm 2014/2015 verlassen habe.

Die geplante Verdreifachung der Erasmus+-Mittel im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 sei vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar. Einerseits werde nunmehr die Finanzierungslast auf weniger Geberländer verteilt, andererseits nehme die Attraktivität des Programmes für die Zielgruppe ambitionierter mobiler Studenten signifikant ab. Eine Ausweitung der Personengruppen weit über die eigentliche, in den Bologna-Vereinbarungen definierte Kerngruppe der Studenten hinaus sei zudem keine Lösung, da die ursprüngliche Zielsetzung des Erasmus-Programmes, im Sinne des Bologna-Vertrages die Studentenmobilität zu entwickeln, vernachlässigt werde.

Eine Regelung für die Beibehaltung des Status Großbritanniens als Programmland nach dem Brexit in der neuen Haushaltsperiode 2021 bis 2027 sei bislang nicht getroffen worden. Die Fortsetzung der Mitgliedschaft werde von Seiten der EU an Austrittsbedingungen gekoppelt, über die keine Einigung bestehe. Ein Verbleib Großbritanniens im Erasmus-Programm nach dem Ende der laufenden Haushaltsperiode der EU sei vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Entwicklung daher unwahrscheinlich. In der neuen Haushaltsperiode werde die Finanzierung des Programms nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen ohne Großbritannien geleistet werden müssen. Die Schweiz sei als Geldgeber schon 2014/2015 ausgeschieden.

Die Bundesregierung solle aufgefordert werden,

- sich im Europäischen Rat für Verhandlungen mit Großbritannien und der Schweiz einzusetzen, welche den Verbleib beziehungsweise die Wiederaufnahme dieser Länder als Programmländer im Erasmus+-Programm garantieren, und vom Erfolg dieser Verhandlungen die Zustimmung zur Erhöhung der Erasmus+-Mittel im neuen EU-Haushalt abhängig zu machen.

Zu Buchstabe b

Nach Ansicht der FDP-Fraktion ist das Erasmus-Programm ein wichtiger Faktor für erfolgreiche europäische Verständigung und grenzüberschreitende wissenschaftliche Erkenntnis in der Europäischen Union. Kein anderes Förderprogramm ermögliche so vielen jungen Menschen europäische Auslandserfahrungen im Rahmen von Studienaufenthalten, Ausbildungsabschnitten und Praktika. Im laufenden Programm "Erasmus+" von 2014 bis Ende

2020 hätten bereits in der ersten Hälfte der Programmlaufzeit rund 1,8 Millionen Personen an Maßnahmen teilgenommen.

Erasmus+ sei ein Erfolgsprogramm. Das Nachfolgeprogramm müsse diese Erfolgsgeschichte fortsetzen und noch mehr jungen Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden aus allen Regionen und jeder sozialen Herkunft paneuropäische Mobilität ermöglichen. Auslandserfahrung dürfe für junge Menschen nicht am Geldbeutel scheitern.

Darüber hinaus müsse die Bundesregierung dafür sorgen, dass in Deutschland insbesondere die bisher in Erasmus+ unterrepräsentierte Gruppe der jungen Menschen in beruflicher Aus- und Weiterbildung die Möglichkeit auf wertvolle internationale Erfahrungen erhalte.

Schließlich dürfe unabhängig vom vollzogenen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union der kulturelle und wissenschaftliche Austausch zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU nicht zum Erliegen kommen.

Die Bundesregierung solle aufgefordert werden,

- sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass
 - die Mittel für das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ ab 2021 deutlich ausgeweitet werden. Dabei soll die Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union (MFR) eine Verdreifachung des Budgets für das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ im Vergleich zum aktuellen Budget anstreben und den entsprechenden Vorschlag des Europäischen Parlaments unterstützen;
 - innerhalb des Nachfolgeprogramms von Erasmus+ ab 2021 im Rahmen des Projekts Europäische Hochschulen ein Teil der Mittel für den Aufbau eines europäischen Netzwerks für Hochschulbildung eingesetzt und so Studierenden unabhängig vom Wohnort, von finanziellen Möglichkeiten oder eingeschränkter Mobilität die Teilnahme an europäischer Hochschullehre ermöglicht wird;
 - Großbritannien im Nachfolgeprogramm von Erasmus+ ab 2021 vollwertiges Programmland bleibt und der Austausch von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden zwischen Großbritannien und der Europäischen Union auch weiterhin ohne Einschränkungen und durch eine Förderung aus Mitteln des Nachfolgeprogramms von Erasmus+ möglich bleibt;
 - der Schweiz eine Rückkehr in das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ als Programmland ermöglicht wird;
- die Strukturen zur Nutzung von Mitteln aus dem Programm Erasmus+ sowie dem Nachfolgeprogramm ab 2021 für den europäischen Austausch in der beruflichen Bildung zu stärken. Dafür sollte die Bundesregierung:
 - bei Auszubildenden, Betrieben und Berufsschulen für eine stärkere Nutzung der Mittel werben und die Antragsverfahren deutlich vereinfachen. Die Teilnahme soll auch bis zu fünf Jahre nach Abschluss der Ausbildung möglich sein.
 - den Ausbau der Nationalen Agentur für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung zu einer leistungsstarken Austauschagentur für die berufliche Bildung – analog zum DAAD im Hochschulbereich – vorantreiben. Sie soll Auszubildende, berufsbildende Schulen, Betriebe und Kammern aktiv beraten und bei der Vorbereitung, Durchführung, Antragstellung und Vermittlung von Partnerunternehmen unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/17526 in seiner 68. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/17516 in seiner 68. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/17516 in seiner 68. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/17516 in seiner 58. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner 51. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt:

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/17526 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/17516 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Die **Fraktion der AfD** erläutert, dass das Erasmus+-Programm ein zentraler Bestandteil der Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sei. Dieses Programm fördere in außerordentlich guter Art und Weise die Mobilität von Studenten, weshalb auch die AfD hinter diesem Programm stehe. Allerdings habe es bei dem Programm auch gewisse Rückschläge gegeben. So sei die Schweiz aus dem Erasmus-Programm 2014/15 infolge der Kontroverse um die Masseneinwanderung in die Europäische Union ausgeschieden. Auch Großbritannien drohe nun aus diesem Erasmus-Programm auszuschneiden, da die bisher erfolgten Verhandlungen und festgehaltenen Verhandlungsergebnisse lediglich darauf abzielten, den Studenten, die bereits angefangen hätten im Ausland zu studieren, weiterhin die Förderung zuzubilligen. Ziel des Antrags sei es, das Erasmus-Programm zu stärken, aber nur unter der Bedingung, dass die Schweiz und Großbritannien wieder bzw. weiterhin Programmländer seien. Dies sei insbesondere im Hinblick darauf wichtig, dass beispielsweise 2016 4 995 Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft am Programm mit Großbritannien teilgenommen hätten, was 13,3 Prozent aller Erasmus-Teilnehmer ausmache. Durch den Wegfall dieses Ziellandes würden letztendlich 13 Prozent der Programmteilnehmer kein entsprechendes Zielland der Qualität vorfinden, wie sie es ursprünglich gewählt hätten.

Der von der FDP-Fraktion eingebrachte Antrag fordere eine Verdreifachung der Mittel im MFR, was eine erhebliche Summe sei. Dies könne man so nicht billigen, sondern nur unter der Bedingung, dass die Schweiz und Großbritannien, die qualitativ hervorstechende Universitäten aufwiesen, erhalten blieben.

Zudem gehe es beim Erasmus-Programm nicht um massenhafte Mobilität, sondern um die Förderung von Studenten und die Förderung einer Hochschulausbildung. Die Erweiterung in den berufsbildenden Bereich verwässere das Programm und sei nicht zielführend. Die AfD-Fraktion orientiere sich an dem ursprünglichen Gedanken der Bologna-Deklaration und den Folgeerklärungen, den Hochschulraum exzellent zu gestalten. Eine Verdreifachung der Mittel sei daher nicht gerechtfertigt, wenn Großbritannien und die Schweiz nicht mehr weitere Programmländer sein könnten.

Die **Fraktion der FDP** betont, dass Erasmus+ eine große Erfolgsgeschichte sei, die es vielen jungen Menschen ermöglicht habe, in Europa grenzüberschreitend kulturelle Erfahrungen und auch weitere Persönlichkeitsentwicklungen zu erleben, unabhängig davon, ob sie studierten oder eine berufliche Ausbildung absolvierten. Es sei ein Programm, das die FDP-Fraktion deutlich stärken wolle. Der Brexit habe vor allem die junge Generation hart getroffen, die in Großbritannien zu zwei Dritteln gegen den Brexit gestimmt habe. Für deutsche Studierende sei Großbritannien das dritt wichtigste Gastgeberland. Zudem gebe es auch in der beruflichen Bildung im Austausch sehr wichtige Kooperation in beide Richtungen. Die Verordnung der Europäischen Union, die nur eine Übergangregelung vorsehe, stelle keine nachhaltige Lösung dar. Der Fraktion der FDP sei es sehr wichtig, dass sich die Bundesregierung endlich eindeutig dafür einsetze, Großbritannien als Programmland in Erasmus+ zu erhalten.

Auch wolle man einen Austausch mit der Schweiz ermöglichen. Hier hänge es bei den Verhandlungen auch von dem Willen der Schweiz ab. Die FDP-Fraktion würde es begrüßen, wenn eine Wiederaufnahme gelinge.

Anders als die AfD-Fraktion es in ihrem Antrag formuliere, lehne man eine Erhöhung der Mittel nicht ab, sondern wolle diese deutlich ausbauen. Es sei sehr zu bedauern, dass auch die EU-Kommission unter der Präsidentin von der Leyen inzwischen von der sehr deutlichen Zielmarke der Verdreifachung der Mittel in den Gesprächen deutlich nach unten abgewichen sei. Dies halte die FDP-Fraktion für einen Fehler und fordere die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dieses Programm auch finanziell weiter auszubauen. In Bezug auf die Auszubildenden stellt die FDP-Fraktion dar, dass die AfD – im Gegensatz zu ihren sonstigen Äußerungen im Ausschuss – die berufliche Bildung nicht in den Vordergrund stelle und auch nicht von Gleichwertigkeit spreche, sondern Erasmus auf die „Kerngruppe der Studenten“ reduzieren wolle. Hier sei die FDP-Fraktion gänzlich anderer Auffassung, da man für einen interkulturellen Austausch kein hochschulisches akademisches Studium benötige. Vielmehr sollte dieses Programm allen jungen Menschen gleichermaßen offen stehen. Es sei heuchlerisch, einerseits von Gleichwertigkeit zu sprechen und dieses Programm ausgerechnet für diese Gruppe zusammenstreichen zu wollen.

Die FDP-Fraktion setze sich dafür ein, dass Programm für Auszubildenden weiter auszubauen. Bisher nähmen nur drei Prozent der Auszubildenden am Erasmus+ teil. Es scheitere sehr oft an bürokratischen Hürden, an mangelnder Ansprache und Beratung sowie an Unterstützung vor allem kleiner Unternehmen bei der Beantragung. Auch enge Lehrpläne in Berufsschulen sowie die Vermittlung von Partnerbetrieben gerade in der dualen Ausbildung seien häufig ein Problem. Dies seien Hürden, die man gerne angehen würde. Die FDP-Fraktion habe vorgeschlagen, eine Art DAAD für die berufliche Bildung zu schaffen. Man begrüße, dass es diesbezüglich inzwischen auch aus der Unionsfraktion unterstützende Signale gebe.

Die FDP-Fraktion fordert die Große Koalition auf, ihren Lippenbekenntnissen Taten folgen zu lassen und ihrem Antrag zuzustimmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betont, dass man das Erasmus-Programm sehr befürworte und darauf hinarbeite, dass Großbritannien weiter als Programmland erhalten bleibe. Es sei nicht ersichtlich, woher die AfD-Fraktion die Annahme nehme, dass dies nicht Teil der Verhandlungen wäre. Auch wenn es nicht im öffentlichen Fokus stehe, sei dies der Fall.

Die Fraktion der CDU/CSU hält fest, dass man auch im Falle eines Nichtverbleibs von Großbritannien im Erasmus-Programm für die Nachfolgevereinbarung eine deutliche Mittelerhöhung erreichen wolle. Die Argumentation der AfD-Fraktion, dass durch den Wegfall Großbritanniens die Attraktivität des Programms signifikant abnehmen würde und dementsprechend eine Mittelerhöhung nicht gerechtfertigt wäre, sei nicht nachvollziehbar. Im Gegenteil zeige der Brexit, wie wichtig es sei, dass man europäisch noch stärker zusammenrücke und die europäische Bildung hochhalte. Auch die Forderung der AfD, Berufsschüler und Azubis künftig von der Teilnahme an Erasmus auszuschließen, sei abzulehnen. Es dürfe keine Bildung erster und zweiter Klasse geben. Die internationale Mobilität in der beruflichen Bildung zu erhöhen, könne die Attraktivität der beruflichen Bildung steigern, weshalb man dies weiter forcieren sollte.

Man unterstütze das Ziel, die Schweiz mit ihren exzellenten Hochschulen im Programm wieder aufzunehmen. Trotzdem habe es triftige Gründe gegeben, warum dies aktuell nicht der Fall sei. Es gebe eine Vielzahl offener Fragen, die zu klären seien, wie zum Beispiel die finanzielle Beteiligung am Programm oder wie es mit dem Willen der Schweizer Regierung stehe, die Personenfreizügigkeit entsprechend anzupassen, was eine Wiederaufnahme in das Erasmus-Programm ermöglichen würde. Die Fraktion der CDU/CSU erklärt, dass man den Antrag der AfD-Fraktion aus den genannten Gründen ablehnen werde.

Zum Antrag der FDP-Fraktion führt sie aus, man stimme grundsätzlich überein, dass das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ im Vergleich zum aktuellen Budget deutlich erhöht werden müsse. Vor allem die Bereiche lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung müssten viel stärker als bisher finanziell unterfüttert werden, damit gerade auch mehr Auszubildende die Möglichkeit hätten, Auslandserfahrungen zu sammeln. In Bezug auf die Forderung, die Teilnahme an Erasmus+ für Auszubildende bis zu fünf Jahren nach Abschluss der Ausbildung zu ermöglichen, weist die Fraktion der CDU/CSU darauf hin, dass die Förderung zwölf Monate nach der Ausbildung in den Bereich der Erwachsenenbildung falle und damit im Prinzip schon gefördert werde, sodass es keinen Nachsteuerungsbedarf gebe. Aus diesen Gründen werde man Antrag der Fraktion der FDP ablehnen, auch wenn man sich in dem Ziel einig sei, das Erasmus-Programm zu stärken.

Die **Fraktion DIE LINKE.** unterstreicht, dass das Erasmus-Programm gelebte europäische Integration sei und man den Ausbau des Programms auch weiterhin für einen notwendigen Schritt halte. Es sei auch wichtig, dass Großbritannien trotz Brexit an dem Programm weiterhin teilnehmen könne. Es wäre ein falsches Signal und eines, das den europäischen Gedanken für die jüngeren Generationen nachhaltig beschädigen würde, wenn eine politische Entscheidung wie der Brexit zu einer Mobilitätsschranke für junge Menschen würde. Deswegen sei es richtig, dass man sich auf EU-Ebene bemühe, Unterbrechungen und Behinderungen in der Mobilität zu verhindern. Gerade weil der europäische Bildungsaustausch auch so ein wichtiger Beitrag gegen Chauvinismus und Nationalismus sei, müsse jetzt dringend verhindert werden, dass an dem Programm infolge der Corona-Pandemie gespart werde.

Insgesamt müsse man feststellen, dass beim Zugang zum Erasmus-Programm nach wie vor viel Luft nach oben bleibe. Kindern ohne finanzstarken familiären Hintergrund reiche die Förderung nicht aus, um den Auslandsaufenthalt stemmen zu können. Es müsse das politische Ziel sein, dass Auslandserfahrungen und kultureller Austausch allen möglich seien, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Erasmus+ müsse auch mit Blick auf die Nutzerfreundlichkeit noch einmal nachgebessert werden. Gerade im Bereich der beruflichen Bildung sei der Bürokratieaufwand bei der Antragsstellung teilweise noch zu hoch. Es bedürfe einer Entbürokratisierung, damit mehr junge Menschen jenseits der Studierendenschaft profitieren könnten.

Der Antrag der FDP-Fraktion enthalte viel Unterstützenswertes. Die Fraktion DIE LINKE. werde sich dennoch enthalten, da die FDP-Fraktion bei der Hochschuldigitalisierung wieder einmal etwas über das Ziel hinausschieße und versuche, alle Probleme hierüber zu lösen und auch zu substituieren. Diesen ungebremsten Optimismus teile man so nicht.

Zum Antrag der AfD-Fraktion erklärt die Fraktion DIE LINKE., diese gebe nur vor, sich um die Attraktivität des Programmes zu sorgen. Der nicht sehr verborgene Subtext spreche jedoch eine deutlich andere Sprache. Würde die AfD es ernst meinen, müsste sie sich für eine Aufstockung der Mittel einsetzen und eine Programmausweitung aussprechen, anstatt sich auf die Gruppe der Studierenden zu fokussieren und die Schülerinnen und Schüler sowie die Auszubildenden außen vor zu lassen. Wie immer in der Bildungspolitik fehle im Antrag der AfD-Fraktion die soziale Dimension. So werde auf sozio-ökonomisch Benachteiligte, die die Unterstützung benötigten, um an einem entsprechenden Austausch teilnehmen zu können, gar nicht erst eingegangen. Die AfD-Fraktion scheine vor allem von der Sorge getrieben zu sein, dass die ohnehin meist Privilegierten in Zukunft nicht mehr an den britischen oder schweizerischen Elite-Universitäten studieren könnten. Das sei bildungspolitisch ziemlich wenig, zeige aber auf, dass die AfD nicht die Partei der kleinen Leute sei. Die Klassifizierung der Austauschländer sage viel über das Verständnis der AfD-Fraktion von internationalem Austausch aus. Großbritannien sei demnach ein gutes Land, die Türkei ein schlechtes. Die Fraktion DIE LINKE. lehne den Antrag aus den genannten Gründen ab.

Die **Fraktion der SPD** begrüßt, dass der Ausschuss zu Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft über Erasmus diskutiere und sich damit befasse, Europa erlebbar zu machen. Nach Auffassung der SPD-Fraktion solle sich Deutschland dafür einsetzen, dass im EU-Finanzrahmen 2021 bis 2027 die Finanzmittel des Erasmus-Programms

auf 45 Milliarden Euro verdreifacht würden. Man fordere ein Europa, in dem sich noch mehr junge Menschen begegneten, Europa erlebten und die europäische Zukunft gemeinsam gestalteten. Man wolle die Erfolgsgeschichte des Erasmus-Programms fortschreiben, damit noch mehr Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende ein Aufenthalt in einem anderen europäischen Land ermöglicht werde.

Damit Menschen aus sozial benachteiligten Verhältnissen auch von den europäischen Austauschprogrammen profitieren könnten, fordere man bessere Informationsangebote und Beratung, mehr Unterstützung bei der Wohnungssuche sowie höhere Förderbeiträge für finanzschwache Familien und eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der International Offices an den Hochschulen, die eine wichtige Anlaufstelle für Studierende seien.

Die Fraktion der SPD hebt die Bedeutung der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung hervor, die im Erasmus-Programm zwar formell, aber faktisch noch nicht bestehe. Auszubildende und Berufstätige hätten zwar die Möglichkeit, eine Erasmus-Förderung zu erhalten, beide Gruppen seien jedoch weit unterrepräsentiert. Nur jeder zweite Auszubildende in Deutschland, der ins Ausland gegangen sei, habe eine Erasmus-Förderung erhalten. Dies sei zu wenig. Für eine echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung sollte das Erasmus-Programm verstärkt an die Azubis herangetragen werden. Es müsse gezielter informiert und auch Betriebe von den Vorteilen dieses Austauschs überzeugt werden. Nur dann könne ein gelebtes Europagefühl für alle entstehen. Damit gehe einher, mehr Auszubildende für Europa und einen europäischen Austausch zu begeistern.

Der Antrag der FDP sei zu kurz gedacht. Wenn man schon über einen Ausbau des Erasmus-Programms berate, müssen man gleichzeitig auch über die Ausgestaltung und den Ausbau des gesamten europäischen Bildungsraums diskutieren, der bis 2025 umgesetzt werden solle. Hiervon finde man im Antrag jedoch nichts. Die SPD-Fraktion habe sich hierzu hingegen bereits Gedanken gemacht und Forderungen aufgestellt. So wolle man neben der Verdreifachung der Mittel beispielsweise auch ein Programm für Europa-Lehrer und -Lehrerinnen etablieren, um gelebte europäische Grundbildung in die Bildungseinrichtungen zu tragen. Eine weitere Idee sei die Einführung einer europäischen Hochschulkonferenz. Zudem sollte die Wissenschaftsfreiheit überall garantiert, Bildungsteilnahme ermöglicht sowie Mobilität und Austausch gefördert werden. Dies seien progressive Ideen, die zusammen und nicht losgelöst von einander gedacht werden müssten. Daher werde man dem FDP-Antrag nicht zustimmen.

Zum AfD-Antrag führt die SPD-Fraktion aus, dass die AfD-Fraktion für alles andere als ein offenes und geeintes Europa stehe, was diese versuche, mit dem eingebrachten Antrag zu suggerieren. Die AfD-Fraktion wolle das Programm schrumpfen, was man nicht akzeptieren werde. Zu der Schweiz und Großbritannien liefen weiterhin die Verhandlungen. Man wolle nach wie vor diesen Austausch fördern. Allerdings liege es in der Souveränität der Länder, sich für oder gegen die europäischen Grundprinzipien wie die Freizügigkeit auszusprechen, woraus entsprechende Konsequenzen folgten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betont, dass es am Tag des Beginns der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wichtig sei, Erasmus+ vor dem AfD-Antrag in Schutz zu nehmen. Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei es wichtig, dass die Mittel für Erasmus+ drastisch erhöht würden. Man plädiere auch für eine Verdreifachung der Mittel, um den Austausch innerhalb Europas nicht nur für Studierende, sondern besonders auch für Auszubildende zu ermöglichen. Um mehr Auszubildende zu gewinnen, müsste in Deutschland und Europa die gezielte Werbung und Ansprache in Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben deutlich verstärkt werden. Austausch fördere die Verständigung und die Vermittlung europäischer Werte, wovon niemand ausgeschlossen werden sollte. Aus diesem Grund lehne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Beschränkung des AfD-Antrags auf ambitionierte Studierende klar ab, da dies zu elitär und exklusiv gedacht sei. Es sei wichtig, dass Studierende, Auszubildende sowie Schülerinnen und Schüler vom Erasmus-Programm profitieren und so Europa erleben könnten. Auch sei es wichtig, dass junge Menschen aus einkommensarmen Elternhäusern an Bildungsmobilität partizipieren und wie andere davon profitieren könnten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt klar, dass Großbritannien und die Schweiz zwei wichtige europäische Partner seien. Sie sollten im Erasmus+-Programm verbleiben dürfen, sofern sie sich wie die anderen Länder an den Kosten beteiligten. Unabhängig davon wolle die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deutlich mehr Mittel für Erasmus+. Gegenüber der AfD-Fraktion müsse man klarstellen, dass Erasmus+ mehr sei als der Austausch zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Es umfasse eine Vielzahl von Programmländern innerhalb der Europäischen Union und schließe auch Länder außerhalb der Europäischen Union mit ein, da die Europäische Union auch für eine gute Nachbarschaftspolitik und einen fairen Austausch stehe. Aus diesem Grund lehne man die Formulierungen im AfD-Antrag ab, die es nahelegten, die Türkei auszuschließen. Denn es gebe in der Türkei genauso viele Talente wie in Deutschland. Die Vielfalt innerhalb des Programms bereichere

das Programm und ermögliche eine weltoffene Haltung, die sehr wichtig sei. Hinzu komme, dass die Zusammenarbeit innerhalb des Erasmus-Programms Räume eröffne, um über Fragen wie Wissenschaftsfreiheit, Freiheit und Freiräume im Studium oder über die Menschenrechtslage in den Programmländern insgesamt intensiver ins Gespräch zu kommen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädiert dafür, dass das Budget dafür verwendet werde, die Beratung für Auszubildende zu verstärken. Man begrüße den Ausbau der Nationalen Agentur für Europa und auch den DAAD für Auszubildende, wie es die FDP in ihrem Antrag schreibe, dem man trotz einzelner Mängel zustimmen werde.

Abschließend fragt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung, wie die deutsche Position sei, im EU-Haushalt die Mittel für Erasmus zu erhöhen. Sie möchte wissen, mit welcher Verhandlungsposition die Bundesregierung dort hineingehe.

Die **Bundesregierung** erklärt, es sei deutlich geworden, dass Erasmus+ für diesen Ausschuss und für die Bundesregierung einen sehr hohen Stellenwert habe. Man strebe eine deutliche Aufstockung der Mittel bei Erasmus+ an; mindestens eine Verdopplung, möglichst eine Verdreifachung. Dies werde im Gesamtpaket der Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen zu diskutieren sein. Hier werde es sehr schwierige Verhandlungen geben. Es sei ein offener Prozess, in den man hochmotiviert hineingehe, bei dem man aber noch nicht wisse, wie er sich insgesamt weiterentwickeln werde.

Die Verhandlungen mit Großbritannien würden nun mit hoher Geschwindigkeit auf einen zukommen. Großbritannien sei zum 1. Februar 2020 aus der EU ausgeschieden und man befinde sich nun in der sogenannten Übergangsphase. Großbritannien werde insofern im Moment auch bei Erasmus+ wie ein Mitgliedstaat behandelt, ohne allerdings die bisherigen Mitbestimmungsrechte zu haben. Großbritannien hätte die Möglichkeit gehabt, bis Ende des Monats Juni eine Verlängerung der Übergangsphase zu beantragen. Das habe Großbritannien und Boris Johnson nicht getan. Das bedeute, dass zum 1. Januar 2021 die Übergangsphase ende und Großbritannien ab diesem Zeitpunkt als Drittland behandelt werde. Es sei das Bemühen Deutschlands und Europas, bis dahin ein Abkommen mit Großbritannien verhandeln zu können, um die Modi der Zusammenarbeit mit Großbritannien bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich fixiert zu haben. Ob dies möglich sei, werde sich zeigen. Das, was man bisher an Feedback aus den Verhandlungsrunden bekomme, sei sehr ernüchternd. Die Bundesregierung stellt klar, es sei nicht auszuschließen, dass es möglicherweise kein Abkommen geben werde und man einen „kalten“ Austritt – sozusagen einen „No Deal 2.0.“ – bekomme. Dies wäre sehr unerfreulich. Man arbeite intensiv daran, dass es zu einer Einigung komme. Vom zeitlichen Ablauf müsse man versuchen, bis Oktober zu einer Verständigung zu kommen. Dies sei auch das Bemühen von Herrn Michel Barnier, Verhandlungsführer der EU, dem man voll vertraue. Bis Ende Oktober müsse man zu einer Verständigung kommen, da mehrere Parlamente – unter anderem der Deutsche Bundestag – anschließend über das Verhandlungsergebnis votieren müssten. Aus diesem Grund sei der Zeitrhythmus der Verhandlungen sehr viel enger getaktet worden. Man habe die Formate geändert, da diese bisher keinerlei Verhandlungsfortschritte gebracht hätten und auch die Taktung sei jetzt auf einen wöchentlichen Rhythmus erhöht worden.

Die Bundesregierung erläutere, was sie bzw. die EU erreichen wolle. Dabei gehe es nicht nur um das finanzielle, sondern auch die Art und Weise der Verhandlung. Es sei die Europäische Union, die verhandle. Die Bundesrepublik Deutschland bringe hierbei ihre Sicht mit ein. Die Europäische Union möchte mit Großbritannien ein umfassendes Partnerschaftsabkommen erreichen, da man an einer dauerhaften, langfristigen, engen Zusammenarbeit mit Großbritannien auf allen verschiedenen Feldern interessiert sei. Die Schwierigkeit sei allerdings, dass Großbritannien dieses so bisher nicht wolle, sondern sektorale Abkommen in den Bereichen anstrebe, wo es besonders den eigenen Interessen entspreche. Dies zeige einen Grundwiderspruch, mit dem man in diesen Verhandlungen insgesamt zu kämpfen habe. Daher blieben die Verhandlungen bisher deutlich hinter den Erwartungen zurück. Es sei besorgniserregend, dass Großbritannien sich weigere, in einigen zentralen Bereichen überhaupt zu verhandeln, obwohl es im Rahmen der politischen Erklärung hierzu eigentlich eine Verständigung gegeben habe. Dazu gehörten auch Teilbereiche von Bildung und Forschung, insbesondere der Bereich der Mobilität, der außerordentlich umstritten sei.

Das BMBF setze sich in dem europäischen Meinungsbildungsprozess unter Hochdruck für die Belange von Bildung und Forschung ein. Dabei setze man sich für eine gesamte Beteiligung Großbritanniens an den Unionsprogrammen Erasmus+, Horizont Europa und ITER ein. Dies bedeute jedoch auch, dass man Erasmus+ als Gesamtpaket nehmen müsse und dies reziprok erfolgen sollte. Es gehe beispielsweise nicht, wenn Großbritannien fordern

würde, Studierende aus der Bundesrepublik Deutschland zu akzeptieren, aber nicht aus Griechenland, Portugal oder Bulgarien. Die Bundesregierung hält fest, dass es die Europäische Union insgesamt ein Partnerschaftsabkommen mit Großbritannien verhandle.

Die Bundesregierung betont, dass man wechselseitige Mobilität für Studierende, Auszubildende und Forschende sowie die Anerkennung von Berufsqualifikationen erreichen möchte. Zudem fordere man ein umfassendes Partnerschaftsabkommen, das sich über alle Themenbereiche beziehe. Als Teilbereich der Bildungs- und Forschungsthemen gehöre dazu auch im Falle des Zustandekommens eines Partnerschaftsabkommens, dass eine fortgesetzte Teilnahme von Großbritannien als Drittstaat an Erasmus+ möglich sei. Allerdings habe Großbritannien in seinen Leitlinien für die Verhandlungen zum künftigen Verhältnis der EU mit dem Vereinigten Königreich festgelegt, nur eine partielle Teilnahme in zeitlich begrenztem Rahmen an Erasmus+ haben zu wollen. Daran könne man erkennen, dass die Ausgangspositionen des Verhandlungsprozesses diametral seien und man sehen müsse, wie weitere Verhandlungsschritte erreicht werden könnten. Die Bundesregierung hält fest, dass sie hochmotiviert sei und sich durch eine große Mehrheit des Bildungs- und Forschungsausschusses unterstützt sehe, in diesem Sinne weiter zu verhandeln.

Berlin, den 1. Juli 2020

Katrin Staffler
Berichterstatlerin

Ulrike Bahr
Berichterstatlerin

Norbert Kleinwächter
Berichterstatler

**Dr. Jens Brandenburg (Rhein-
Neckar)**
Berichterstatler

Nicole Gohlke
Berichterstatlerin

Kai Gehring
Berichterstatler

